



Delegierter für das Flüchtlingswesen
Délégué aux réfugiés
Delegato ai rifugiati

neu: **BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE**

3003 Bern, 13. Dezember 1990 A/ner

EJPD	14.DEZ	90.063690
GS	4053041	

Bericht über die **TREVI-Konferenz vom 6./7. Dezember 1990 in Rom**

1. Teilnehmer

Mitglieder der TROIKA

Italien (Vorsitz)
Irland
Luxemburg

Uebrige Teilnehmer

alle anderen Mitglieder der EG

Beobachter

Kanada
Marokko
Norwegen
Oesterreich
Schweden
Schweiz
USA

2. Gegenstand der gegenseitigen Orientierung

Einmal mehr wurde von seiten der Nicht-EG-Staaten das Interesse an der **Ausweitung des Erstasylabkommens** unterstrichen und auf die Notwendigkeit der frühzeitigen technischen Vorbereitungen im Hinblick auf eine rasche Inkraftsetzung hinge-

wiesen. In diesem Zusammenhang wird am 12. Dezember 1990 in Brüssel unter dem Vorsitz von Herrn Lo Iacono eine erste Sitzung mit Schweden stattfinden.

Für diesmal fand praktisch keine Orientierung der TROIKA über deren Besprechungen statt. Im Gegenzug orientierten Schweden, Norwegen, Oesterreich und die Schweiz über ihre Anliegen. Zur Sprache kamen insbesondere Probleme der Ost-West-Migration sowie Fragen des internationalen Terrorismus und der Drogenbekämpfung (s. Statements von Schweden und der Schweiz in der Beilage). Alle Staaten stellten im Terrorbereich eine gewisse Beruhigung der Lage fest, befürchteten aber vor dem Hintergrund der Golfkrise ein Wiederaufkommen des nah- und mittelöstlichen Terrorismus. Im Drogenbereich wurde der Wunsch nach einer globalen internationalen Strategie und einer besseren Koordination zwischen TREVI und der Pompidougruppe geäußert. Das Schwergewicht der Aussprache mit der TROIKA und auch der bilateralen Gespräche lag eindeutig bei den Einwanderungsproblemen, für diesmal insbesondere aus ost- und mitteleuropäischen Ländern.

3. Bilaterale Gespräche mit Oesterreich, Norwegen und Schweden sowie am Rande mit der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg

Behandelt wurden insbesondere folgende Themen:

- Vorbereitung des Treffens der Working Group über internationale Strategien im Rahmen der informellen Konsultationen im Asylbereich Europa, Nordamerika, Australien vom 14.12.90 in Genf
- die Vorbereitungen im Hinblick auf die Ost-West-Migrationskonferenz vom 24./25.1.1991 in Wien

Dabei wurde uns von seiten der EG eine Stellungnahme zu einem vorläufigen Konferenzpapier der Oesterreicher unterbreitet, das gewisse Abänderungsvorschläge und Ergänzungen vorsieht (gemäss Beilage). Schweden schlug vor, im Anschluss an die Ministerkonferenz am Samstag, 26.1.1991, ein informelles Ministertreffen durchzuführen, an dem die Weiterführung der internationalen Mechanismen im Migrationsbereich zur Sprache kommen sollte. Schweden wird ein entsprechendes Arbeitspapier vorbereiten.

- Weiterführung der informellen Konsultationen im Asyl- und Migrationsbereich, Frage der Ergänzung der Konsultationspartner um weitere Aufnahmestaaten (z.B. Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Spanien und Portugal)

- Schaffung eines europäischen Raumes, in dem demokratische Verhältnisse bestehen und die Menschenrechte weitestgehend beachtet werden (Safe Continent) und der in der Lage wäre, die Süd-Nord-Migration besser zu bewältigen.
- allfällige Ministerkonferenz über eine langfristige Flüchtlings- und Migrationspolitik der Aufnahmestaaten im Herbst 1991, Fragen des institutionellen Rahmens. Mögliche Lösungen:

EG + EFTA

EG + EFTA +

Teilnehmer an den informellen Konsultationen, allenfalls erweitert

OECD-Staaten

KSZE-Teilnehmer

Abgrenzungskriterien müssten u.a. die Unterzeichnung und Einhaltung der internationalen Flüchtlingskonvention, der europäischen Menschenrechtskonvention, des Abkommens gegen die Folter, die Gewährleistung der politischen Freiheitsrechte sein.

- Visumspraxis gegenüber Polen

Die BRD beabsichtigt demnächst den Visumszwang gegenüber Polen aufzuheben. Schweden und Oesterreich sind gewillt, diesen kurzfristig beizubehalten und würden es begrüßen, wenn auch die Schweiz die Visumpflicht noch für einige Zeit aufrechterhalten würde.

- Identifikation von weiteren Herkunftsländern, mit denen auf multilateraler Basis konkrete Aktionsprogramme im Hinblick auf Repatriierung mit Rückkehrhilfe sowie auf einer Stärkung der demokratischen Strukturen durchgeführt werden könnten.
- Durchführung der dritten und letzten Arbeitssitzung über internationale Langfriststrategien (Nyon III), Organisation und Durchführung BRD, materielle Konferenzvorbereitung und Vorsitz Schweiz
- Wünschbarkeit einer gemeinsamen internationalen Informationsstelle in Moskau für Einwanderungs- und Flüchtlingsprobleme, sei es im Rahmen der Konsultationen, sei es in anderem institutionellem Rahmen. Die Idee ist weiterzuverfolgen.
- Ein Vertreter Luxemburgs erwähnte, dass Spanien und Portugal Beraterstatus beim Vertrag von Schengen beantragt ha-

ben. Er war der Ansicht, dass das Vertragswerk von Schengen die geplante Convention sur le passage des frontières ersetzen könnte. Bei der letzteren Konvention haben Griechenland und Grossbritannien Schwierigkeiten aus geographischen Gründen. Der Mechanismus von Schengen wäre eine geographisch zusammenhängende Zone. Sie liesse es auch zu, dass die Schweiz als Beobachter und vielleicht sogar als Mitglied beitreten könnte. Dies sind allerdings nur inoffizielle Gedankengänge des Vertreters Luxemburgs.

- Wünschbarkeit einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern, Österreich und der Schweiz in Fragen der Terrorismusbekämpfung. Es wurden Treffen zwischen spezialisierten Sachbearbeitern der beiden Länder vereinbart.
- Norwegen wird im Frühjahr 1991 ein Seminar über Sicherheit in der Schifffahrt organisieren.
- In der Drogenkriminalität wird seitens von Norwegen und Schweden auf die steigende Bedeutung der baltischen Route hingewiesen; anlässlich der kommenden Osloer Konferenz wird eine bessere Zusammenarbeit mit den Oststaaten angestrebt. Die Balkanroute bleibt aber das Hauptproblem.

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE
Der Direktor a.i.



Peter Arbenz

Beilagen:

- Statement Schweiz
- Statement Schweden
- Conclusioni della Conferenza Ministeriale "TREVI"
- Stellungnahme der EG zum vorläufigen Schlussbericht der Ministerkonferenz vom 24./25.1.1991 in Wien (Ost-West-Migrationen)
- Entwurf des Wiener Schlussberichtes
- Follow-up to the meeting held on 28th November 1990 on the implications for non-EC States of the Dublin Convention

Kopie mit sämtlichen Beilagen an:

- Herrn Bundespräsident Arnold Koller, Vorsteher des EJPD
- Herrn Alexander Hunziker, Direktor des Bundesamtes für Ausländerfragen
- Herrn Dr. Padrutt, Bundesanwalt
- Herrn Roland Burkhard, Bundesanwaltschaft
- Herrn Botschafter Rudolf Weiersmüller, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik, EDA (zur weiteren Verteilung innerhalb des EDA)
- Direktionsmitglieder des Bundesamtes für Flüchtlinge